



12. Juli 2022

Es ist Zeit!

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des Sommerapéros der Fachstelle Integration

Liebe Vertreter:innen der Gemeinden und Städte
Liebe Vertreter:innen der kantonalen Verwaltung
Liebe Mitarbeitende von NGOs, Basisorganisationen, migrantischen und religiös tätigen Organisationen
Geschätzte Gäste

Wir haben uns das letzte Mal hier im Belvoirpark zum Apéro der Fachstelle Integration im Sommer 2019 getroffen.

Hätten wir vor drei Jahren gewusst, dass Vernetzungsanlässe wie diese über eine lange Zeit nicht mehr möglich sind – Wir wären wahrscheinlich auf ein Glas länger geblieben.

Die Coronapandemie hat unser aller Leben drastisch auf den Kopf gestellt und uns in vielerlei Hinsicht vor enorme Herausforderungen gestellt.

Die Pandemie hat Menschen allerdings unterschiedlich hart getroffen. Sie hat uns bestehende Ungleichheiten und Benachteiligungen besonders deutlich vor Augen geführt. Menschen, die bereits vorher in schwierigen Verhältnissen leben mussten, – und dazu zählen oft auch Migrant:innen – waren noch stärker von den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie betroffen.

Zum Beispiel durch die eingeschränkte Mobilität. Grenzschiessungen trafen Personen, die in transnationalen Verhältnissen leben, stark. Vielen Menschen war es nicht mehr möglich, ihre Familien und Freund:innen, die in anderen Ländern leben, zu besuchen. Menschen auf der Flucht konnten lange Zeit keine Grenzen mehr überschreiten, um Schutz zu erhalten.

Auch bezüglich Gesundheit verstärkten sich bereits vorhandene Ungleichheiten. So waren Migrant:innen weniger häufig auf Corona getestet, hatten überdurchschnittlich häufig schwere Krankheitsverläufe und damit auch eine erhöhte Sterblichkeitsrate.



Aber auch aufgrund ihrer Situation im Arbeitsleben sind viele Migrant:innen stärker betroffen. Viele konnten sich nicht ins sichere Homeoffice zurückziehen. Ihre Arbeit erforderte ihre Präsenz vor Ort. Sie blieben dort, wo's gefährlich war: im Spital, in der Alterspflege, in der Kinderbetreuung, auf dem Bau, an der Kasse, im Lager und dort, wo unser Abfall entsorgt wird.

Andere waren aufgrund ihrer prekären Beschäftigungssituation gar vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht. Die Kurzarbeit mit der 20-Prozent Lohnkürzung gefährdete die Existenz vieler Familien mit tiefen Einkommen. Viele mussten sich verschulden, haben Ersparnes aufgebraucht und stehen jetzt auf noch schwächeren finanziellen Beinen. Die finanzielle Situation vieler Menschen im Tieflohnbereich – und das sind nun mal viele Migrant:innen – hat sich durch die Krise deutlich verschlechtert.

Sicher: Hilfeleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden haben kurzfristig geholfen. Sie waren wichtig und haben grösseres Leid verhindert.

Nichtsdestotrotz sind die Folgen der Pandemie für die berufliche, soziale und wirtschaftliche Teilhabe gross. Sie werden langfristige Auswirkungen auf die Gesellschaft haben.

Umso mehr gilt jetzt: Wir müssen die bedeutende Rolle der Migrant:innen für unsere Gesellschaft anerkennen und die bestehenden Benachteiligungen abbauen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung.

Darum, geschätzte Anwesende, ist mir das Legislaturziel, dass sich die Zürcher Regierung gegeben hat und ich als Schwerpunktthema meines Präsidialjahres gewählt habe, so wichtig: die Förderung der Teilhabe.

Teilhabe muss unser Ziel sein. Menschen müssen sich unabhängig ihrer Herkunft als Teil unserer Gesellschaft ernst- und mitgenommen fühlen – gerade auch sozial benachteiligte Menschen in schwierigen Lebensverhältnissen, oder auch neu Zugewanderte. Diese Menschen müssen erfahren, dass ihre Stimmen gehört werden, dass sie einen Unterschied machen, dass sie als Bewohner:innen im Kanton Zürich willkommen sind. Ja, dass wir dankbar sind, dass sie bei uns sind und hier einen unersetzlichen Beitrag für das Wohl von uns allen leisten.

Ich bin überzeugt, dass so mehr Menschen Verantwortung übernehmen und sich für das Gemeinwohl engagieren. Wir – die Politik, die Behörden und die Verwaltung – stehen in der Pflicht, Prozesse zu planen und Strukturen anzubieten, damit echte Teilhabe möglich ist.



Corona hatte bei allem Leid und Schmerz auch positive Seiten. Die Pandemie hat die Sichtbarkeit von Migrant:innen in systemrelevanten Berufen stark erhöht. Ohne ausländische Arbeitskräfte funktioniert unser Land nicht. Das wurde wohl auch der hintersten und letzten Person klar.

Der akute gegenwärtige Fachkräftemangel in fast allen Branchen und fast allen Hierarchiestufen zeigt es mit aller Deutlichkeit: Wenn wir auf diesem Niveau weiterleben wollen, sind wir auf Menschen angewiesen, die in die Schweiz ziehen und ihre Arbeitskraft unserer Volkswirtschaft, unserem Wohl zur Verfügung stellen.

Und wir sind darauf angewiesen, die Qualifikationen der Menschen, die bereits bei uns sind, zu erhalten und auszubauen. Egal, wie lange sie bei uns leben. Egal, mit welchem Status sie anerkannt sind. Egal, ob es sich um eine ausgebildete Pflege-Fachperson aus Portugal oder eine IT-Projektleiterin aus der Ukraine handelt. Egal, ob es sich um einen jungen flucht-versehrten Mann aus Eritrea oder eine Frau mit Bildungsträumen aus der Türkei handelt. Wir müssen alles tun, damit sie Teil unserer Arbeits- und Sozialgemeinschaft werden.

Dass wir es bisher verpasst haben, in der Diplomanerkennung markante Fortschritte zu machen und dass wir es verpasst haben, das Migrationsrecht mit den Bildungsanforderungen – Stichwort Praxismodul in den Gesundheitsberufen – zu harmonisieren, ist ärgerlich. Es ist aber auch kurzfristig.

Wir verbauen uns Lösungen für den bereits spürbaren Fachkräftemangel – aus Angst vor migrationspolitischen Debatten und mit Vorurteilen über den Lern- und Leistungswillen vieler zugewanderter Menschen.

Es ist Zeit, geschätzte Gäste, dass wir eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf die Themen Teilhabe und Integration einnehmen. Denn Integration betrifft die Gesellschaft insgesamt und nicht nur eine bestimmte Gruppe.

Wir müssen die Integration weiter fördern. Wir sind und bleiben ein Einwanderungsland. Unser gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reichtum hängt fast ausschliesslich davon ab, ob es uns gelingt, das vorhandene Arbeitspotential zu nutzen und attraktiv genug zu sein für zusätzliche Einwanderung.

Einfach, damit die Dimensionen klar sind: Im Spital St. Gallen sind gegenwärtig 80 Betten geschlossen, weil das Personal fehlt. Und in der Gastronomie schliessen Beizen nicht wegen fehlender Kundschaft, sondern wegen fehlendem Personal.



Geschätzte Damen und Herren

Wenn ich davon spreche, dass wir die Integration weiter fördern müssen, rede ich nicht nur von «mehr» im Sinne von Quantität, sprich Anzahl Angebote. Ich spreche auch von der Art und Weise der Integrationsförderung.

Erfolgreiche Integrationsförderung richtet sich am konkreten Bedarf aus. Sie entwickelt die Konzepte mit den Menschen und nicht für die Menschen.

Das heisst: Wir müssen Migrant:innen besser miteinbeziehen und beteiligen. Wir müssen Entscheidungen zusammen mit ihnen treffen. Und wir müssen die Integrationsförderung noch besser auf die Situation von vulnerablen Personen ausrichten.

So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Geschätzte Fachleute, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Organisationen und Körperschaften, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen und der Politik

Ihre Arbeit war in dieser Krisensituation enorm wichtig. Und dafür möchte ich Ihnen im Namen der Zürcher Regierung herzlich danken.

Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Informationsarbeit haben während der Pandemie an Bedeutung gewonnen. Viele Integrationsangebote konnten nur eingeschränkt stattfinden. Neue, kreative Lösungen mussten schnell gefunden, Kurse auf Fernunterricht umgestellt und alternative Angebote aufgebaut werden.

Dank Ihres unermüdlichen Einsatzes und Ihrer Erfahrung in der Integrationsarbeit ist uns dies gemeinsam gelungen. Sie waren alle gefordert – und ja: haben in den ersten Jahreswochen mit dem Ausblick auf gewisse Lockerungen bei den Corona-Massnahmen wohl aufgeatmet.

Doch dann kam der 24. Februar. Und damit Krieg in Europa. Und so sind wir quasi nahtlos von der Corona-Krise in eine nächste migrationspolitische Krise übergegangen.

Die Folgen des Putin-Krieges fordern viele Gesellschaften stark. So auch die Schweiz. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mussten mehrere Millionen Menschen aus der Ukraine flüchten und Tausende davon haben auch in der Schweiz Schutz gefunden.



Liebe Anwesende

Auch wenn wir müde sind und auch wenn wir möglicherweise selber von Unsicherheit über unsere eigene Zukunft geplagt sind: Wir stehen jetzt in einer sehr entscheidenden Phase – einer Phase, wo wir vieles richtig machen können. In einer Phase, wo wir uns viel Mühe und Kosten in der Zukunft ersparen können.

Wir müssen jetzt sicherstellen, dass die Integration dieser Menschen gelingt. Wir müssen sie unterstützen beim Ankommen und beim Zurechtfinden in der Schweiz und wir müssen uns heute überlegen, wie ihre gesellschaftliche Teilhabe langfristig gelingen kann.

Durch den temporären Schutzstatus stellen sich uns neue Fragen, die in der Praxis diskutiert und geklärt werden müssen – wie zum Beispiel den Zugang zu Integrationsleistungen.

Wir im Kanton Zürich haben uns entschieden, auch Geflüchtete mit Schutzstatus S in den bestehenden Strukturen zu fördern und zu integrieren. Der Kanton übernimmt dabei die vollen Kosten für die Leistungen gemäss Integrationsagenda.

Ich kann es nicht genug betonen. Nutzen Sie die vorhandenen Integrationsangebote, die wir in Sachen Qualität bereits überprüft haben. Bauen Sie nicht selber nochmals Strukturen auf. Ermöglichen Sie den Geflüchteten den Zugang zu den Deutschkursen und anderen nützlichen Angeboten, die wir von der Fachstelle Integration empfehlen. Diese Leistungen kosten sie nichts. Der Kanton bezahlt sie vollumfänglich.

Egal, ob die Geflüchteten länger hierbleiben oder bald wieder zurückkehren: Wir haben das gleiche Interesse, wie die Geflüchteten selber: Die Menschen sollen ihre Qualifikationen erhalten und ausbauen. Die jungen Menschen sollen die Zeit für ihre Ausbildung nutzen. Die Frauen und Männer sollen eine Arbeit finden und auf eigenen Beinen stehen können.

Geschätzte Anwesende

Die Geflüchteten aus der Ukraine sind mit einer überwältigenden Hilfsbereitschaft und Solidarität der Bevölkerung empfangen worden.

Die kantonalen und kommunalen Behörden, die Zivilbevölkerung, gemeinnützige Organisationen und Vereine, Hilfswerke und andere Stellen haben blitzschnell gehandelt und Betten, Nahrungsmittel sowie Kleider und vieles mehr für die Geflüchteten organisiert.

Die Erfahrungen aus der Coronakrise konnten schnell abgerufen und die aufgebauten Strukturen, Prozesse und Gremien reaktiviert werden. Informationen für Geflüchtete aus der Ukraine haben wir rasch übersetzt, zentrale Webseiten mit behördlichen Infor-



mationen aufgeschaltet, Beratungsangebote ausgebaut und Info-Hotlines um die Sprachen Ukrainisch und Russisch erweitert.

Auch die Zusammenarbeit und der regelmässige Informationsaustausch aller beteiligten Stellen funktioniert mehrheitlich gut. Diese positive Dynamik insgesamt ist sehr erfreulich.

Doch, auch darüber müssen wir sprechen: Auch mit dieser Krise stellen sich Gleichbehandlungs- bzw. Diskriminierungsfragen.

Wie lässt sich die ungleiche Behandlung verschiedener Flüchtlingsgruppen in ähnlicher Lebenslage rechtfertigen? Liegt es an der Hautfarbe, der Religion, der Ethnie? Oder einfach nur daran, dass die Situation jetzt viele der Helfenden an den Kalten Krieg zurückerrinnert und an die Jahre der grossen Solidarität mit den ungarischen und tschechischen Flüchtlingen?

Was auch immer die Gründe für die ungleiche Behandlung sind: Dass sich Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten nach den Gründen dieser ungleichen Behandlung fragen, ist nachvollziehbar.

Dass es für sie schwierig ist, diese Ungleichbehandlungen zu adressieren, ohne missgünstig zu wirken, ist ebenfalls verständlich.

Dass sie sich wünschen, sie wären genauso mit offenen Armen empfangen worden und hätten die gleichen Rechte wie Geflüchtete aus der Ukraine – wer könnte es ihnen verdenken.

Dass sie sich fragen, weshalb eigentlich noch nie eine eritreische, afghanische oder syrische Fahne oder in früheren Jahren eine bosnische, albanische oder tamilische an einem öffentlichen Gebäude geweht hat – ja, tatsächlich eine berechtigte Frage.

Wir müssen uns diesen Fragen stellen und sie auf der politischen Agenda sachlich und aktiv klären. Jetzt ist der Moment dazu. Eine breite Öffentlichkeit hat, auch dank ihres Engagements als Gastfamilien, plötzlich ganz konkret erfahren, was die Lebensbedingungen von Geflüchteten sind.

Der Grundsatz der Gleichbehandlung gehört zum Kernbestand der Grund- und Menschenrechte.

Der Staat hat nicht nur die Pflicht, Verfolgten, die in der Schweiz um Aufnahme bitten, Schutz zu gewähren. Er steht auch in der Pflicht, Diskriminierungen zu unterbinden.

Die Ungleichbehandlung mit Bezug auf die Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, die Reisemöglichkeiten oder die Existenzsicherung müssen wir unter diesem Gesichtspunkt neu diskutieren.



Ich schliesse mit einer grossen Hoffnung. Nämlich, dass die Erfahrung mit den ukrainischen Flüchtlingen die nötige politische Schubkraft entfaltet, um der längst fälligen Reform der vorläufigen Aufnahme zu einem dauerhaften, subsidiären Schutzstatus zum Durchbruch zu verhelfen.

Ein Status, der den Lebensrealitäten und dem Integrationsbedarf sowohl der Betroffenen als auch der schweizerischen Bevölkerung Rechnung trägt.

Geschätzte Anwesende, 2024 startet eine neue Phase des Kantonalen Integrationsprogramms.

Die Fachstelle Integration hat in den vergangenen Wochen Workshops durchgeführt, um gemeinsam mit Ihnen die Weiterentwicklung der Integrationsförderung zu diskutieren.

Ich bin sicher, dass Sie die Erkenntnisse aus diesen beiden Krisen für das kommende Programm berücksichtigen.

Dass Sie Massnahmen planen, die eine echte Teilhabe ermöglichen, den Diskriminierungsschutz stärken und den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft fördern.

Ich danke Ihnen sehr für das, was Sie für das gute und friedliche Zusammenleben im Kanton Zürich leisten.